

Parlamentarischer Vorstoss

2016/150

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Felix Keller-Maurer, CVP/EVP-Fraktion: Wie viele Polizeiposten braucht das Baselbiet noch?**

Autor/in: [Felix Keller-Maurer](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 19. Mai 2016

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Präsenz der Polizei auf der Strasse wird immer wichtiger und die Polizistinnen und Polizisten sollen von administrativen Arbeiten wo immer möglich entlastet werden.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat am 19. April die Vorlage «Mobile Computing» der Polizei Basel-Landschaft an den Landrat überwiesen. Ziel des Mobile-Computing-Projektes ist es, dank mobiler Datenabfrage und Datenerfassung vor Ort die Effektivität der Polizei zu steigern und deren Präsenz auf der Strasse zu erhöhen. Damit soll die Sicherheit im Baselbiet weiter verbessert werden. «Mobile Computing» ermöglicht Halter- und Fahndungsabfragen direkt vor Ort, ohne Rückfragen an die Zentrale. Auch Einsatzrapporte werden dann direkt vor Ort praktisch fertig ausgefüllt, die Zeit raubende Nachbearbeitung im Büro entfällt weitgehend. Die nachgelagerten Arbeiten können ohne Zeitverzögerung ausgeführt werden. Etwas plakativ könnte man «Mobile Computing» auch mit «Tablet statt Rapportblock» umschreiben, so die Ankündigung durch den Regierungsrat.

Das Projekt «Mobile Computing» ist innovativ und begrüßenswert.

Nun stellen sich die folgenden Fragen an den Regierungsrat:

Im Baselbiet gibt es heute, neben den Gemeindepolizeiposten, 16 kantonale Polizeiposten: Aesch / Allschwil / Arlesheim / Binningen / Birsfelden / Bubendorf / Gelterkinden / Laufen / Liestal / Münchenstein / Muttenz / Pratteln / Reinach / Sissach / Therwil / Waldenburg.

1. Wie hoch ist die Präsenz der Polizei mit «Mobile Computing» noch auf dem Polizeiposten?
2. Zieht der Regierungsrat in Erwägung, Polizeiposten zusammenzulegen und regionale Polizeiposten zu bilden?
3. Wie hoch wäre das Sparpotenzial, wenn die Polizeiposten zusammengelegt würden?

Dem Regierungsrat wird im Voraus für die Beantwortung der Interpellation gedankt